



Erika Mann

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ASP 12 G 342

B-1047 BRÜSSEL

TEL: +32 2 284 5191

FAX: +32 2 284 9191

Email:

[erika.mann@europarl.europa.eu](mailto:erika.mann@europarl.europa.eu)



Sozialdemokratische Fraktion im Europä-  
ischen Parlament (SPE)

EUROPABÜRO

ODEONSTR. 15/16

D-30159 HANNOVER

TEL: +49 511 1674 268

FAX: +49 511 1674 263

[Europabuero-  
erika.mann@spd.de](mailto:Europabuero-erika.mann@spd.de)

## Newsletter Mai 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Ausgabe will ich Sie über die jüngsten Entscheidungen aus dem Europäischen Parlament und über wichtige politische Ereignisse informieren. Außerdem möchte ich Sie auf die bevorstehende [Europawahl](#) am 7. Juni 2009 hinweisen.

Um Sie bis zur Wahl möglichst umfassend über wichtige Themen zu informieren, biete ich Ihnen über einen so genannten "[NewsDigest](#)" auf meiner [Webseite](#) und meinem [Blog](#) eine tägliche Aufbereitung der Nachrichten aus über 130 europäischen Medien und Blogs an.

Auf der Webseite finden Sie neben einer [Medialounge](#) auch eine [Fotogalerie](#) sowie kurze Beiträge zu den von mir besuchten Veranstaltungen, die ich im Rahmen des Wahlkampfes wahrnehme.

Kurze Mitteilungen zu verschiedenen Themen teile ich mittlerweile außerdem über twitter ([erikamann\\_mep](#)) mit.

Ich freue mich über Ihre Anregungen und Fragen und stehe Ihnen wie immer zur Verfügung.

*Ihre Erika Mann*

## **Inhalt des Newsletters**

*Tipp: Klicken Sie einfach mit heruntergedrückter STRG-Taste auf die jeweilige Überschrift und springen Sie zum gewünschten Inhalt*

### **IM FOKUS**

Metrologie - die Wissenschaft des Messens  
EU-Agrarminister beraten über Milchquote  
"Schweinegrippe"-Virus nun auch in Europa

### **WIRTSCHAFT UND FINANZEN**

Frühjahrgipfel bewilligt 400 Milliarden Euro gegen die Krise  
Finanzpolitik: Uneinigkeit über Euro-Einführung in östlichen Mitgliedsstaaten  
Verantwortlichkeit in Subunternehmen  
Kartellrecht: VISA erhält Mitteilung der Beschwerdepunkte  
Industriepolitik: Kennzeichnung von Reifen für bessere Kraftstoffeffizienz und Sicherheit des Straßenverkehrs

### **TELEKOMMUNIKATION**

„Telekom-Paket“ scheitert an Internetsperren  
Verbraucherfreundliche Regelung zum Roaming

### **INNERE ANGELEGENHEITEN**

E-Justiz Portal  
Neue Antidiskriminierungsrichtlinie  
Visumsfreiheit für türkische Dienstleister - EuGH Urteil  
Internet-Sperren gegen Kinderpornografie  
Abstimmung zur Schutzdauer des Urheberrechts

### **ARBEIT UND SOZIALES**

Keine Einigung bei EU-Regelungen zur Arbeitszeit  
Keine Einigung beim Mutterschaftsurlaub

### **LANDWIRTSCHAFT**

Genmais- Verbot  
EU-Konjunkturprogramm: EU-Millionen für die Milchbauern  
Deutschland widersetzt sich der Offenlegung von Agrarsubventionen

### **FORSCHUNG, UMWELT und ENERGIE**

Einigung auf Klimaschutzpaket  
EU-Energiecharta: Eigener Vorschlag Russlands  
Verbot von Tierversuchen für Kosmetika  
Schutz von Versuchstieren gesichert  
Siebtes Forschungsrahmenprogramm plangemäß umgesetzt

### **NIEDERSACHSEN**

Erika Mann Video-Clip: Unterwegs für Niedersachsen  
Direkte Einleitung von Salzlauge in die Weser auf EU-Ebene prüfen  
Schneller und effektiverer Einsatz der EU-Strukturfonds  
Neue Studien zum demografischen Wandel in Niedersachsen  
Effizienzpreis KMU

### **INTERESSANTE INFORMATIONEN**

## IM FOKUS

### Metrologie - die Wissenschaft des Messens

Am 18.Mai 2009 fand in Braunschweig eine [Pressekonferenz](#) zur Verabschiedung des Europäischen Metrologieforschungsprogramms statt, an der neben **Erika Mann** auch Vertreter der Europäischen Kommission, des Bundesforschungsministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums teilnahmen.

Am [22.April 2009](#) war die [Entscheidung](#) im Europäischen Parlament gefallen, dass die EU das bisher größte Forschungsprogramm der Metrologie (Wissenschaft vom richtigen Messen) in Europa mit 200 Millionen Euro für die nächsten 7 Jahre unterstützen wird. 200 Millionen Euro werden zusätzlich von den europäischen Mitgliedstaaten aufgebracht. Forschungsinstitute aus 22 Staaten werden zusammen arbeiten und die fünf Mitgliedsstaaten, die bislang noch keine nationale Metrologieforschung haben, werden zusätzlich davon profitieren.

[Erika Mann](#) unterstützt diese Initiative seit vielen Jahren und sie hat die Entscheidung auch durch das Parlament gebracht und ist deshalb ausgesprochen froh, dass die letzten Hürden gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten und der Kommission in den vergangenen Wochen im Beratungsverfahren aus dem Weg geräumt werden konnten.

Bereits 2007 haben die europäischen Metrologieinstitute ihre Arbeit in einer Dachorganisation, dem Verein [EURAMET e.V.](#) mit Sitz in Braunschweig, zusammengeführt. Der Sitz der deutschen nationalen [Physikalisch-Technische Bundesanstalt \(PTB\)](#) ist in Braunschweig angesiedelt; die PTB wird aufgrund der Größe rund ein Drittel des Programms bestreiten. Das [Europäische Forschungsprogramm](#) wird zusätzlich auch von Braunschweig aus durch EURAMET e.V., der Dachorganisation der europäischen Metrologieinstitute, gesteuert und koordiniert werden. Damit hat **Niedersachsen** eine weitere wichtige Forschungskompetenz erhalten.

[Pressemitteilung](#) von Erika Mann, 18.Mai 2009

[Informationen und Dokumente](#) zu **Erika Manns** Bericht zum Europäischen Metrologieforschungsprogramm

[Kommentar](#) Erika Mann zum Metrologieforschungsprogramm, "Unsere Region stärken – meine Leidenschaft", 20.Mai 2009

### EU-Agrarminister beraten über Milchquote

Bauern leiden in ganz Europa erneut unter fallenden Milchpreisen. Für zahlreiche Höfe wird die finanzielle Situation bereits kritisch. **Erika Mann** begrüßt die Zusage von EU-Landwirtschaftskommissarin Marian Fischer Boel, dass 70 Prozent der jährlichen EU-Direktzahlungen an die Bauern bereits am 16. Oktober ausgezahlt werden sollen und nicht erst wie üblich Ende Dezember. Seit Anfang des Jahres kauft die EU-Behörde wieder Butter und Milchpulver in großen Mengen auf. „Auch dies ist ein gutes Instrument, um die Milchbauern zu unterstützen“, sagt Erika Mann.

Gleichzeitig lehnt Erika Mann Exportsubventionen für Milchprodukte aus der Europäischen Union ab, die über das Jahr 2013 hinausgehen. "Ausgleichszahlungen hingegen brauchen wir für unsere europäischen Bauern“, so Erika Mann. Neue, bessere Marktinstrumente können die früheren Exportsubventionen unterstützen, beispielsweise die Ausgleichszahlungen für Landwirte, die unter schwierigen Bedingungen wirtschaften müssen (in Bergregionen) oder Umweltmaßnahmen unterstützen (Grünflächen für die Artenvielfalt).

Die Europäische Union hat sich bereits mehrfach auf den Verzicht von Exportsubventionen in Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation (WTO) verpflichtet. „Wir sind gut beraten, wenn wir der Welt zukünftig eine stabile und verlässliche EU-Handelspolitik bieten“, so Erika Mann.

Auf der anderen Seite darf die EU die Milchbauern in Niedersachsen und anderswo in Europa nicht alleine lassen. Langfristig würde dies negative Konsequenzen für den Landwirtschaftsstandort Niedersachsen haben, wo es viele kleine Höfe gibt, befürchtet Erika Mann: „Viele Bauern werden nun darüber nachdenken, ob sie ihre Milchkühe zum Schlachthof fahren. Wir brauchen unsere Milchbauern für den Erhalt unserer Kulturlandschaft.“

Aus Sicht von Erika Mann sollte die EU aktuell auch über Unterstützungen für Stilllegungen von Milchbetrieben nachdenken, um das Überangebot zu senken.

## "Schweinegrippe"-Virus nun auch in Europa

Am 27. April 2009 kam aus Spanien die erste Bestätigung, dass der "Schweinegrippe-Virus" (H1/N1-Virus) nun auch auf europäischem Boden aktiv ist. Weitere Verdachtsfälle innerhalb Europas und in anderen Kontinenten werden ständig bekannt. Am 30. April 2009 kamen die EU-Gesundheitsminister zu einem Krisentreffen in Luxemburg zusammen, um die Identifikation eines Impfstoffes gegen die auf Menschen übertragbare "Schweinegrippe" voranzutreiben. Aus Sicht des Bundesministeriums für Gesundheit ist Deutschland gut auf die Epidemie vorbereitet.

2005 führten das Center for Biosecurity of UPMC, das Center for Transatlantic Relations of Johns Hopkins University sowie das Transatlantic Biosecurity Network ein Bioterrorismus-Planspiel "Atlantic Storm" durch. Dabei ging es darum, auf Regierungsebene abgestimmt auf eine Bioterrorismus-Attacke auf die transatlantische Gemeinschaft zu reagieren. Das Planspiel machte deutlich, dass noch viel getan werden müsse, um die Krankheits- und Todesrisiken einer Epidemie gleich welchen Ursprungs zu minimieren. **Erika Mann** hat an der Simulation teilgenommen - in der Rolle der Präsidentin der EU-Kommission. **Erika Mann** ist außerdem seit 2004 als Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen der EU zu Mexiko besonders in die Frage involviert, wie die transatlantische Zusammenarbeit auf institutioneller Ebene verbessert werden kann.

Informationen zur Schweinegrippe-Epidemie gibt es unter folgenden Adressen:

[Deutsches Bundesministerium für Gesundheit](#)

[European Centre for Disease Prevention and Control](#)

[Centers for Disease Control and Prevention \(CDC\)](#)

[„Schweinegrippe erreicht Nahost und Neuseeland“](#), Spiegel Online, 28.04.09

[In Scotland: „Swine flu outbreak“](#), The Scottish Government, 27.04.09

[„Swine Flu Outbreaks Prompt EU Travel Warnings“](#), Atlantic Council of the United States, 27.04.09

## WIRTSCHAFT UND FINANZEN

### Frühjahrgipfel bewilligt 400 Milliarden Euro gegen die Krise

Der Europäische Rat tagte am 19.-20. März 2009 in Brüssel auf dem so genannten Frühjahrgipfel. Die Staats- und Regierungschefs zeigten sich zuversichtlich, dass die EU in der Lage ist, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu meistern. Bei der Überprüfung der beträchtlichen fiskalischen Anreize, die für die Wirtschaft in der EU geschaffen werden (über 400 Mrd. EUR) ist ein konzertiertes Vorgehen und Koordinierung ein wesentlicher Teil der Strategie Europas für den Aufschwung. Die EU will 75 Mrd. Euro zur Aufstockung der Hilfgelder des Internationalen Währungsfonds beisteuern. Der EU-eigene Notfallfond wird um 25 Milliarden Euro erhöht. Darüber hinaus wurde sich auf zusätzliche Investitionen in Höhe von 5 Mrd. Euro in grenzüberschreitende Gas- und Stromleitungen und alternative Energien sowie Breitbandnetze fließen. Die Beschlüsse des Rates finden sie [hier](#).

Speziell der Breitbandausbau soll durch mehr Investitionsanreize forciert werden. Damit wird eine Forderung von Erika Mann aufgegriffen. Das Europäische Parlament hat am 6. Mai 2009 in zweiter Lesung über eine umfassende Revision der bestehenden europäischen Telekommunikationsgesetzgebung beschlossen, dass Telekommunikationsunternehmen, die private Investitionen in superschnelle Netze vornehmen wollen, auf einen flexiblen Regulierungsrahmen vertrauen können (siehe Telekommunikation). **Erika Mann** hatte die entsprechenden Anträge eingebracht. Wettbewerbern wird danach der Zugang zum Netz nicht verwehrt, sie müssten allerdings mit höheren Preisauflagen rechnen oder sie könnten sich an den Investitionsrisiken beteiligen.

Weitere Informationen finden Sie auf der Webseite von **Erika Mann**.

Oft gestellte Fragen zu Breitband-Infrastrukturen, Memo der Europäischen Kommission, 28. Januar 2009

## **Finanzpolitik: Uneinigkeit über Euro-Einführung in östlichen Mitgliedsstaaten**

Ein Strategiebericht des [IWF](#) vom 6. April 2009 empfiehlt, dass angesichts der Finanzkrise die EU-Mitgliedsstaaten, die formal noch nicht der Eurozone beitreten könnten, ihre nationalen Währungen zugunsten des Euro aufgeben sollten. Gründe für den Vorschlag sind die hohen Schulden der osteuropäischen Länder in Fremdwährungen und die Vermeidung harter soziale Einschnitte. Die EU-Kommission wollte den Bericht nicht kommentieren. Die Europäische Zentralbank (EZB) lehnt eine Aufweichung der Euro-Beitrittskriterien ab.

["IWF will rasche Euro-Einführung in Osteuropa"](#), DiePresse.com, 6. April 2009

## **Verantwortlichkeit in Subunternehmen**

Das Europäische Parlament hat am 26. März 2009 einen [Initiativbericht](#) über die "soziale Verantwortung von Unterauftragnehmern in Produktionsketten" von Lasse Lehtinen angenommen. Der Bericht sieht vor, dass eine europäische Generalunternehmerhaftung die soziale Verantwortlichkeit in Subunternehmerketten stärken soll. Der Bericht soll den Risiken entgegenwirken, die sich aus der immer stärker zunehmenden Vergabe von Unteraufträgen für die Beschäftigten dieser Subunternehmer ergeben. Denn bei Arbeitgeberverpflichtungen im Bereich Lohnzahlung, Sozialabgaben, Steuern und Arbeitnehmerrechten lade die Unterauftragsvergabe – insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen - zum Missbrauch ein.

## **Kartellrecht: VISA erhält Mitteilung der Beschwerdepunkte**

Die Europäische Kommission übermittelte am 3. April 2009 dem Kreditkartenunternehmen [VISA](#) eine Mitteilung von Beschwerdepunkten. Darin wird dargestellt, dass die direkt von VISA erhobenen Kosten (so genannte multilaterale Interbankenentgelte (MIF)) für die Annahme von Karten von Privatkunden den Wettbewerb zwischen Banken behindern. MIF sind für die Händler ein wesentlicher Teil der Gesamtkosten bei der Annahme von VISA-Zahlungskarten von Privatkunden. Durch die MIF wird faktisch ein Mindestpreis für die Händler vorgegeben. Nach vorläufiger Einschätzung der Kommission verstößt dieses Verhalten gegen die europäischen Kartellvorschriften (Artikel 81 EG-Vertrag und Artikel 53 EWR-Abkommen). Die Mitteilung der Beschwerdepunkte ist der erste Schritt eines Kartellverfahrens durch die Kommission. VISA muss nun, innerhalb einer bestimmten Frist, darauf reagieren und die vorgebrachten Beschwerdepunkte erklären.

[Pressemitteilung](#) der Europäischen Kommission, 6. April 2009

## **Industriepolitik: Kennzeichnung von Reifen für bessere Kraftstoffeffizienz und Sicherheit des Straßenverkehrs**

Der Straßenverkehr ist für ca. 25 % der gesamten europäischen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Dabei können Reifen bei der Einsparung von CO<sub>2</sub> eine bedeutende Rolle spielen, denn sie sind für 20-30 % des Treibstoffkonsums eines Autos verantwortlich. Das Europäische Parlament hat deshalb am 22. April 2009 ein neues Kennzeichnungssystem verabschiedet, das europäische Autofahrer besser über den Treibstoffverbrauch und die Sicherheit informiert.

Autoreifen der Klassen C1, C2 und C3 (PKW, leichte und schwere Nutzfahrzeuge) werden ab 2012 mit einem Etikett versehen, der über die Kraftstoffeffizienz, Nasshaftung und externem Rollgeräusch informiert. Die Hersteller werden verpflichtet die gesamte Treibstoffeffizienz eines Reifens anzugeben. Auf einer Internetseite wird zusätzliche Information zu den einzelnen Werten bereitgestellt.

Der Vorschlag ist Teil eines neuen Energie-Effizienz-Pakets, das von der Europäischen Kommission, nach der letzten "Strategischen Energierundschau" vorgeschlagen wurde. Ziel ist es eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu etablieren.

**Erika Mann** hat sich im Vorfeld der Abstimmung in Gesprächen mit dem niedersächsischen Unternehmen [Continental AG](#) abgestimmt. Continental AG unterstützt den Ansatz, über ein Grading- und Informationssystem dem Kunden zusätzliche Informationen zu Verfügung zu stellen und hat an der Entstehung entsprechender Richtlinienentwürfe mitgearbeitet.

[Pressemitteilung](#) des Europäischen Parlaments, 22.April 2009  
[Bericht und Dokumente](#) zum Bericht von Ivo Belet, "Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz"

## TELEKOMMUNIKATION

### „Telekom-Paket“ scheitert an Internetsperren

Das Europäische Parlament stimmte am 6.Mai 2009 über das so genannte [Telekom-Paket](#) (eine Reform des „EU-Rechtsrahmens für elektronische Kommunikationsnetze und –dienste“) ab. Ziele der drei darin beinhalteten Berichte sind ein besserer Zugang zu Telekommunikationsdiensten, fairer Wettbewerb, die Reform der Frequenzvergabe und eine Stärkung der Rechte der Verbraucher und des Datenschutzes.

Das [Europäische Parlament](#) hat das Paket angenommen - jedoch mit der Ausnahme des Trautmann-Berichts. Damit scheitert die gesamte Verabschiedung des Pakets am Streit um [Internetsperren](#). Das Telekom-Paket enthielt neben vielen anderen Errungenschaften explizit ein Grundrecht auf Internetzugang, das anderen Grundrechten wie der informationellen Selbstbestimmung, der Meinungs- und Informationsfreiheit sowie dem Recht auf Bildung gleich gestellt ist. Unverhältnismäßige Beschränkungen wären damit nicht legal und dürften, wenn überhaupt, nur über ein unabhängiges Gericht entschieden werden. Das Europäische Parlament hatte sich damit eindeutig gegen die Politik der Internetsperren der französischen Regierung ausgesprochen, die sich dafür eingesetzt hatte, dass Internetsperren ohne richterlichen Beschluss in der Europäischen Union erlaubt sein sollen. Der Kompromissvorschlag zu Internetsperren war jedoch für die große Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament nicht akzeptabel.

Ein weiteres umstrittenes Thema betrifft die [Netzneutralität](#). Der Entwurf sah vor, dass Internet-Provider zwar im Rahmen eines Traffic-Managements zwischen verschiedenen Datenübermittlungen unterscheiden dürfen (wie etwa Voice-over-IP oder Peer-to-Peer-Kommunikation), jedoch einen Mindeststandard für die Qualität ihres Dienstes einhalten müssen, der von den Regulierungsbehörden festgelegt werden soll.

Erika Mann hatte sich bis zuletzt dafür eingesetzt, die Themen der Internetsperren und der Netzwerkneutralität aus dem Paket herauszunehmen und zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher und begleitet von Konsultationen zu behandeln, um eine Verabschiedung des Gesetzesvorhabens in dieser Legislaturperiode nicht zu gefährden.

Nun geht das Telekom-Paket erneut in die Vermittlung zwischen Rat, Parlament und Kommission. Eine Übersicht über die weiteren Punkte (u.a. zur Anreizregulierungen für neue, schnelle Breitbandnetze, zur neuen Körperschaft der nationalen Regulierer und zur Frage des Frequenzspektrums und der Digitalen Dividende), die vom Parlament beschlossen wurden finden Sie auf der [Webseite von Erika Mann](#).

[Pressemitteilung](#) von Erika Mann, 6.Mai 2009

[News Digest](#): "Telekom-Paket, Internetsperren, Breitbandausbau, Europaparlament", 7.Mai 2009

[Ausschnitte](#) aus der Plenardebatte, 5.Mai 2009

"[Streit um Vetorecht der EU-Kommission bei Telekom-Regulierung](#)", heise online, Christiane Schulzki-Haddouti, 7.April 2009

"[EU-Parlamentarier für Freiheit im Internet](#)", ORF Futurezone, 16.April 2009

"[Richtervorbehalt wieder im Telekompaket](#)", ORF Futurezone, 21.April 2009

[Bericht und Dokumente](#) von Catherine Traumann

[Bericht und Dokumente](#) von Vera Pilar del Castillo

[Bericht und Dokumente](#) von Malcolm Harbour

## Verbraucherfreundliche Regelung zum Roaming

Das Europäische Parlament stimmte am bereits [22. April 2009](#) der Roaming-Regelung zu, die Verbraucherinnen und Verbrauchern ab Sommer 2009 Preisentlastungen für SMS und mobilen Datenaustausch um bis zu 50% bringen wird. Die Regelung sieht folgendes vor: Großkundenpreise dürfen höchstens 4 Cent und Endkundenpreise höchstens 11 Cent betragen, beim Data-Roaming darf der Endkundenpreis maximal 1 Euro pro Megabyte betragen, außerdem muss eine Verbindung unterbrochen werden können, sobald ein finanzieller Höchstwert erreicht ist und schließlich darf künftig nur noch per Sekunde statt per Minute abgerechnet werden. Wenn die jetzt gefundene Regelung im Juni 2012 ausläuft, wird neu evaluiert werden, wie Wettbewerb in diesem Industriesektor effektiv gefördert werden kann, um Verbraucherfreundliche Lösungen zu gewährleisten.

[Pressemitteilung](#) von Erika Mann, 22. April 2009

[Bericht und Dokumente](#) zum Bericht von Adina-Ioana Vălean, "Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und elektronische Kommunikationsnetze und -dienste" "[Roamingpreise für SMS, Anrufe und Datendienste sinken ab 1. Juli](#)", Europäische Kommunikation, Pressemitteilung, 22. April 2009

"[Preise für Auslandsgespräche und SMS fallen](#)", ORF Futurezone, 22. April 2009

"[SMS ins EU-Ausland wird billiger](#)", ARD Tagesschau, 22. April 2009

## INNERE ANGELEGENHEITEN

### E-Justiz Portal

Die tschechische Ratspräsidentschaft treibt die Arbeiten am e-Justiz Portal weiter voran. Im Rahmen einer Konferenz der Ratspräsidentschaft zum Thema „e-Justiz ohne Grenzen“ am 17. und 18. Februar 2009 äußerte sich der tschechische Justizminister Jiri Pospíšil dahingehend, dass eine Einführung des Portals bis Ende des Jahres geplant sei. Dieses Portal ist Teil der E-Justiz-Strategie der Kommission.

### Neue Antidiskriminierungsrichtlinie

Das Europäische Parlament stimmte bereits am 2. April 2009 der neuen [Antidiskriminierungsrichtlinie](#) zu. Damit soll eine Diskriminierung auf Grund von Alter, Behinderung, sexueller Ausrichtung, Religion oder Weltanschauung außerhalb des Arbeitsmarktes verhindert werden.

In einer Umfrage des Eurobarometers im Frühjahr 2008 hatte sich eine große Mehrheit der Befragten für weitergehende Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung ausgesprochen: 77% unterstützten Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierung im Bildungsbereich, 68% unterstützten Maßnahmen zum Zugang zu Gütern und Dienstleistungen.

**Erika Mann** hätte es begrüßt, wenn sich die Vorschläge auf die Integration von Behinderten beschränkt hätten. So wäre die geplante Richtlinie zwar deutlich eingeschränkter, dadurch aber auch weniger allgemein ausgefallen. Behinderte leiden besonders unter Diskriminierung im Alltag. In **Niedersachsen** leben derzeit rund 649.000 Schwerbehinderte (Stand 2005), es gibt ca. 4.500 Behindertenbeauftragte in **niedersächsischen** Betrieben.

[Mitteilung](#) „Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit: Erneuerter Engagement“

Ergebnis der [Eurobarometerumfrage](#)

Auf dem Internetportal "abgeordnetenwatch.de" wurde **Erika Mann** eine Frage zu ihrer Haltung bzgl. der Antidiskriminierungsrichtlinie gestellt. Frage und Antwort finden Sie [hier](#).

### Visumsfreiheit für türkische Dienstleister - EuGH Urteil

Am 19. Februar 2009 entschied der EuGH in der Rechtssache [C-228/06](#) (Soysal), dass von türkischen Staatsangehörigen, die eine Dienstleistung in einem EU-Mitgliedstaat erbringen wollen, kein Einreisevisum verlangt werden dürfe. Der EuGH stellte fest, dass die sog. Still-

Halteklausele des Art. 41 Abs. 1 des [Zusatzprotokolls](#) zum Assoziationsabkommen EWG/Türkei es den Mitgliedstaaten verbiete, ein Einreisevisum zu verlangen.

## **Internet-Sperren gegen Kinderpornografie**

Vom 6. bis 7. April 2009 tagte der Rat der Innen- und Justizminister der EU in Luxemburg. Auf dem Programm stand dabei ein Vorschlag der EU-Kommission zur weiteren Bekämpfung der Kinderpornografie, in dem auch ein EU-weites Konzept zur Einführung von Internet-Sperren enthalten ist.

Für weitere Informationen klicken Sie [hier](#).

## **Abstimmung zur Schutzdauer des Urheberrechts**

Im Plenum des Europäischen Parlaments wurde am 22. April 2009 über den Bericht von Brian Crowley zur "[Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte](#)" abgestimmt. Das Europäische Parlament entschied, die Schutzdauer für Aufzeichnungen von Darbietungen und für Tonträger von 50 auf 70 Jahre verlängern. Ziel der Richtlinie ist es letztendlich, die soziale Situation ausübender Künstler (insbesondere von Studiomusikern) zu verbessern, da diese die derzeit geltende 50-jährige Schutzdauer immer häufiger überleben. Ergänzend zur Verlängerung der Schutzdauer und anderen Begleitmaßnahmen wurden u.a. Schutzklauseln vorgeschlagen, mit denen sichergestellt werden soll, dass zusätzliche Einnahmen durch die Verlängerung des Urheberrechtsschutzes tatsächlich dem Künstler zugute kommen und z.B. nicht seiner Plattenfirma.

Seit vielen Jahren arbeitet **Erika Mann** bei urheberrechtlichen Fragen u.a. mit der [Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek in Göttingen](#) (SUB) zusammen. Die SUB verfügt über einen Bestand von mehr als 5,4 Millionen Bänden und ist damit eine der größten wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland.

[Bericht und Dokumente](#) zum Bericht von Brian Crowley zur "Schutzdauer des Urheberrechts und bestimmter verwandter Schutzrechte"

[Pressemitteilung](#) des Europäischen Parlaments, 23. April 2009

"EU-Parlamentarier für längere Schutzdauer", ORF Futurezone, 23. April 2009

## **ARBEIT UND SOZIALES**

### **Keine Einigung bei EU-Regelungen zur Arbeitszeit**

Das EU-Parlament und der EU-Ministerrat können sich nach wie vor nicht auf einen Kompromiss über die maximale Arbeitszeit in der Europäischen Union einigen. Ein Vermittlungsausschuss von Parlamentariern und Vertretern der Mitgliedstaaten wurde am 16. April und am 28. April 2009 ohne Ergebnis vertagt. Ein Kompromiss scheiterte am Festhalten der Arbeitsminister am 'Opt-Out'. Sie hätten gewollt, dass Arbeitnehmer/innen bei individueller Zustimmung durchschnittlich bis zu 60 Stunden pro Woche arbeiten. Bei Bereitschaftsdiensten sogar bis zu 65 Stunden. Erst für Arbeitszeiten darüber hinaus hätte die Zustimmung der Tarifpartner eingeholt werden sollen. Dem konnte das Parlament nicht zustimmen. Damit ist eine der am längsten andauernden Diskussionen in der Europäischen Union gescheitert und der bestehende Rechtsrahmen bleibt gültig.

[Pressemitteilung](#) des Europäischen Parlaments, 16. April 2009

[Pressemitteilung](#) der SPD-Fraktion im Europäischen Parlament, 28. April 2009

### **Keine Einigung beim Mutterschaftsurlaub**

Das Europäische Parlament entschied auf Antrag der Europäischen Volkspartei (EVP) und mit Unterstützung der Liberalen gegen die Sozialdemokraten und Grünen, den für den 6. Mai 2009 zur Abstimmung vorgelegten [Bericht von Edite Estrella](#) zur Reform des Mutterschutzes

zurück in den Ausschuss zu verweisen. Damit wird er erneut in der nächsten Legislatur behandelt werden müssen.

In dem Bericht hatte der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter gefordert, dass Männer obligatorischen Vaterschaftsurlaub nehmen müssen, um die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben für Mann und Frau gleichermaßen zu ermöglichen. Darüber hinaus sprach sich der Ausschuss für eine Verlängerung des Mutterschutzes auf mindestens 20 Wochen aus. Ferner sollen Mütter 6 Wochen bis nach der Geburt Vollbezahlung erhalten, und 12 Monate Kündigungsschutz haben. Väter sollen zwei Wochen nach der Geburt Vaterschaftsurlaub nehmen können.

[Pressemitteilung](#) des Europäischen Parlaments, 16. April 2009

[Pressemitteilung](#) des Europäischen Parlaments, 6. Mai 2009

## LANDWIRTSCHAFT

### Genmais- Verbot

In Deutschland darf die Gemaisorte Mon810 des US-Saatgutkonzerns Monsanto vorerst nicht mehr angebaut werden. [Dieses Verbot](#) sprach Ilse Aigner, deutsche Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, am 14. April 2009 aus. Monsanto kündigte hiergegen umgehend rechtliche Schritte an.

EU-Recht lässt den Anbau und Import bestimmter Genmaissorten in der EU zu. Eine Schutzklausel ([UN-Protokoll über die biologische Sicherheit](#)) ermöglicht den EU-Mitgliedsstaaten dennoch ein Aussaatverbot – falls neue Forschungsergebnisse auf Gefahren hindeuten. Dieses Veto nutzen bislang Deutschland, Österreich, Ungarn, Frankreich, Griechenland und Luxemburg. Ihnen drohen nun Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Nachdem Griechenland und Frankreich den Anbau von Mon810 verboten hatten, beauftragte die EU-Kommission die [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit \(EFSA\)](#), die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu prüfen. Am 2. März 2009 war die EU-Kommission mit ihrem Antrag, Ungarn und Österreich wieder zum Anbau von Genmais Mon810 zu bewegen, am [Votum der EU-Umweltminister](#) gescheitert. Als Reaktion auf das deutsche Genmais-Verbot kündigte EU-Umweltkommissar Stavros Dimas am 15. April 2009 auf einem Treffen der EU-Umweltminister in Prag mögliche Änderungen im EU-Gesetz an.

[Erika Mann warnt](#) jedoch, dass je mehr diese Technologie verbannt wird, umso weniger werden sich die Kenntnisse entwickeln, welcher Einsatz langfristig wirklich sinnvoll ist. Verfahren wie in dieser Weise weiter, wird das deutsche und europäische Wissen sowohl in der Forschung wie auch in der Praxis weiter ausgedünnt. Gerade **Niedersachsen** ist mit zahlreichen Forschungsinstituten als eine der größten Agrarregionen Europas bestens für die moderne Landwirtschaft aufgestellt. Diese Kompetenz und Stärke sollten genutzt werden. Informationen über grüne Gentechnik in **Niedersachsen** finden Sie auf der Internetseite des [Niedersächsischen Gewerbeaufsichtsamts](#)

Council of the European Union: [„Council Conclusions of Genetically Modified Organisms \(GMOs\)“](#), Environmental Council meeting Brussels, 04.12.08

Bericht der EU-Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die [Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen](#), 02.04.09

Übersicht der EU-Kommission zum [Thema Biotechnology](#) und [genetisch veränderte Lebensmittel \(GVO\)](#)

Nach Genmais-Verbot: [„EU erwägt neuen Kurs bei Gentechnik“](#), AFP, 15.04.09

Verbot für Monsanto-Sorte: [„Deutschland demütigt den Agro-Giganten“](#), Spiegel Online, 14.04.09

Interview mit Journalistin Marie-Monique Robin: [„Ich habe keine Lust, meinen Kindern ein Insektizid zu geben“](#), Deutschlandfunk, 16.04.09

[„Das untergräbt die Glaubwürdigkeit der Sicherheitsforschung“](#), Bio-Sicherheit, gefördert vom Bundesministerium für Forschung

## EU-Konjunkturprogramm: EU-Millionen für die Milchbauern

Die vom anhaltenden Preisverfall bei Milch schwer gebeutelten deutschen Milchbauern können mit Finanzhilfen aus dem EU-Konjunkturprogramm rechnen. Auf der [Frühjahrskonferenz](#) am 27. März 2009 in Magdeburg vereinbarten die deutschen Landwirtschaftsminister, die im Rahmen des EU-Konjunkturpakets zu erwartenden Mittel von ca. 90 Mio. Euro teilweise zur Stärkung der Milchviehbetriebe einzusetzen. Die Aufteilung der Mittel auf die Länder soll nach dem Verteilungsschlüssel erfolgen, der in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) festgelegt ist. Auf **Niedersachsen** würden nach Schätzungen des [Landvolks](#) einschließlich der Kofinanzierung durch das Land lediglich ungefähr 12,5 Mio. Euro entfallen. Obwohl **Niedersachsen** das zweitwichtigste Milcherzeugerland in Deutschland ist. In ca. 14.000 landwirtschaftlichen Betrieben stehen ca. 715.000 Milchkühe, die ca. 5,1 Millionen Tonnen Milch erzeugen.

## Deutschland widersetzt sich der Offenlegung von Agrarsubventionen

Bis zum 30. April 2009 waren die EU-Mitgliedsstaaten von der Europäischen Kommission aufgefordert worden, die Empfänger ihrer Agrarsubventionen offen zu legen. Alle EU-Mitgliedsstaaten bis auf Deutschland sind dieser Verpflichtung nachgekommen. 40% des EU-Haushalts fließen in die Gemeinsame Agrarpolitik (ca. 55 Milliarden Euro). Die deutschen Landwirte erhalten 5,4 Milliarden Euro im Jahr. [Bundesagrarinisterin Ilse Aigner](#) begründet das Zurückhalten der Daten mit Urteilen deutscher Verwaltungsgerichte, die in der Offenlegung eine Verletzung des Datenschutzes sehen. Am [10. Mai 2009](#) hatte das Bundesverfassungsgericht eine Beschwerde über die Offenlegung nicht angenommen.

Die Kommission hat der deutschen Regierung eine Zwei-Wochen-Frist gesetzt, um die Daten zu veröffentlichen. Andernfalls droht Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren. Mittlerweile haben sich die Agrarminister der Bundesländer darauf [verständigt](#), bis 15. Juni 2009 die Daten offen zu legen.

**Erika Mann** hält es nicht für sinnvoll, sich auf den Datenschutz zu beziehen. Es geht nicht darum die Subventionen an jeden einzelnen Landwirt zu kritisieren, sondern darum, ob und wie die Vergabe von Subventionen sinnvoller gestaltet werden kann. Dies kann nur geschehen, wenn offen liegt, wohin die größten Zuflüsse gehen.

Im Verlauf der WTO-Verhandlungen wurde vereinbart, dass alle Exportsubventionen bis 2013 auslaufen sollen. Unterstützungen für "grüne" und umweltbezogene Investitionen sollen jedoch weiterhin möglich sein. **Erika Mann** schätzt gleichwohl, dass im Verlauf dieser Verhandlungen, die in der zweiten Jahreshälfte dazu anstehen, die Frage der Sinnhaftigkeit von Subventionen insgesamt wieder aufgegriffen wird.

[Links zu Websites der Mitgliedstaaten](#) mit Informationen über die Empfänger von GAP-Zahlungen (geteilte Mittelverwaltung)

[Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung](#), Gemeinsame Agrarpolitik und EU-Agrarausgaben

[Wichtige Säule von Niedersachsen](#): Land- und Ernährungswirtschaft, Kommentar von Erika Mann, 25. Mai 2009

[Pressemitteilung](#) von Erika Mann, "Erika Mann kritisiert Deutschlands Widerstand gegen die Offenlegung von Agrarsubventionen", 8. Mai 2009

[NewsDigest](#), "Agrarsubventionen, Bürgergipfel, freier Handel mit China und Indien, mobile Internettelefonie", 12. Mai 2009

## FORSCHUNG, UMWELT und ENERGIE

### Einigung auf Klimaschutzpaket

Am 06. April 2009 verabschiedete der EU-Ministerrat das sogenannte [Klimaschutzpaket](#), über das wir bereits in unseren letzten Newslettern berichtet haben. Kernstück des Beschlusses ist verbindliche Absenkung des Treibhausgas-Ausstoßes um ein Fünftel bis 2020. Außerdem

sollen bis dahin 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Des Weiteren darf der Anteil von Kohlendioxid in den Abgasen bei Neuwagen bis 2015 nur noch 120 Gramm je Kilometer betragen.

Zwei Jahre lang hatten die europäischen Instanzen mit Lobbyisten und Umweltschützer um eine Einigung verhandelt. Im Dezember einigte sich das [Europäische Parlament](#), das Votum des EU-Ministerrates war noch aus formalen Gründen notwendig.

### **Abstimmung zum Energiemarktpaket im Europäischen Parlament**

Einen faireren, offeneren Wettbewerb unter Strom- und Erdgas-Anbietern sowie mehr Rechte für die Energieverbraucher soll das dritte [Energiepaket](#) bringen, das am 22. April 2009 im Europaparlament zur Abstimmung anstand. Im Vorfeld der zweiten und voraussichtlich abschließenden Lesung im Plenum hatten sich Europa-Abgeordnete und die zuständigen Minister der EU-Mitgliedsstaaten auf Eckpunkte eines Kompromisses verständigt. Dabei konnten eine Reihe von Verbesserungen und neue Rechten für die Strom- und Gaskunden erreicht werden. So soll es jetzt einfacher werden, die Anbieter zu wechseln, ohne das Gebühren anfallen. Auch werden Mindestanforderungen für die Verständlichkeit und die Informationen in Strom- und Gasrechnungen festgeschrieben. Außerdem wird ein Ombudsmann geschaffen, an den sich unzufriedenen Kunden wenden können, wenn Sie Probleme mit den Versorgern haben oder wenn diese die Kundenrechte missachten.

*Zum Energiepaket gehören insgesamt fünf Berichte:*

[Bericht](#) "Elektrizitätsbinnenmarkt" von Eluned Morgan

[Bericht](#) "Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden" von Giles Chichester

[Bericht](#) "Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel" von Alejo Vidal-Quadras

[Bericht](#) "Erdgasbinnenmarkt" von Antonio Mussa

und der [Bericht](#) "Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen" von Atanas Paparizov

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

[Pressemitteilung](#), Europäisches Parlament zur Verabschiedung eines europäischen Energieprogramms zur Konjunkturbelebung, 6. Mai 2009. Gefördert werden Gas- und Strominfrastrukturen, Offshore-Windenergie sowie Kohlenstoffabscheidung und -speicherung. 2009 und 2010 stehen hierfür 3,98 Mrd. Euro zur Verfügung.

### **EU-Energiecharta: Eigener Vorschlag Russlands**

Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew kündigte an, mit einem eigenen Vorschlag die europäische Energiecharta ersetzen zu wollen. Der Vorschlag wurde am 20. April 2009 auf der Webseite des Kremls präsentiert. Der Präsident will das Konzept den G20 und anderen Partnern zukommen lassen. Er soll unter anderem neue Konfliktregelungen im Falle von einem Gasstreit enthalten. Am 30. April 2009 tagt der EU-Russische Partnerschaftsrat zu den laufenden Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland, bei dem auch die Energiecharta Thema sein wird.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

[News Digest](#): Gipfeltreffen mit Südkorea, Russland, China, Förderung von Breitbandnetzen, Zumutung Europa, 22. Mai 2009

### **Verbot von Tierversuchen für Kosmetika**

Seit dem 11. März 2009 sind Tierversuche zur Entwicklung von Kosmetik EU-weit verboten. Die 7. Änderung [Kosmetikrichtlinie](#) bestimmt, dass ab März 2009 kosmetische Mittel, Bestandteile kosmetischer Mittel und Kombinationen solcher Bestandteile in der EU nicht mehr in Tierversuchen getestet werden dürfen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Schutz von Versuchstieren gesichert

Das Europäische Parlament verabschiedete am 5.Mai 2009 eine Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere ab. **Erika Mann** hatte hierzu im Industrieausschuss (ITRE) Änderungsanträge eingereicht, die sie eng mit dem international anerkannten [Deutschen Primatenzentrums in Göttingen](#) abgestimmt hatte.

Bislang ist Hirnforschung ohne Versuche an nichthumanen Primaten wie Makaken und Rhesus-Affen leider nicht denkbar. Und bislang besteht die Notwendigkeit wissenschaftliche Testreihen an nichthumanen Primaten bei der Entwicklung von Impfstoffentwicklung durchzuführen. Angewandte Forschung ist ohne Grundlagenforschung nicht möglich, gerade die drohende Pandemie der [Schweinegrippe](#) führt uns vor Augen, was dies für die Menschheit bedeutet. Mit einem generellen Verbot kämen äußerst wichtige Forschungsfelder wie die Krebs-, Parkinson- oder Alzheimerforschung ins Stocken. Fortschritt bleibt dann aus, beziehungsweise beschränkt sich auf das nichteuropäische Ausland, wo Tierschutz-Auflagen weit aus schlechter sind als in Europa. Sowie wir eine Alternative haben, sollten wir selbstverständlich Primatenversuche verbieten. Bis dahin aber wäre ein Verbot innerhalb von Europa nur die Verdrängung einer Verantwortung.

**Erika Mann** unterstützt die EU-weite konsequente Anwendung des 3R-Prinzips (Replacement, Reduction and Refinement). Hiernach muss die Verwendung von Versuchstieren vermieden, verbessert und vermindert werden. Bisher wird das 3R-Prinzip noch nicht EU-weit angewandt.

Ziel der neuen Richtlinie ist, den Binnenmarkt zu harmonisieren. EU-weit sollen bei Tierversuchen gleiche Rahmenbedingungen für Industrie und Forschung gelten. Der Schutz der Tiere, die in wissenschaftlichen Verfahren eingesetzt werden, soll gemäß dem [Protokoll über den Tierschutz und das Wohlergehen der Tiere zum EG-Vertrag](#) erhöht werden.

[Pressemitteilung](#), Europäisches Parlament, 5.Mai 2009

[Pressemitteilung](#) von Erika Mann, 5.Mai 2009

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)

[Bericht und Dokumente](#) zum Bericht von Neil Parish

## Siebtes Forschungsrahmenprogramm plangemäß umgesetzt

Die EU-Kommission legte am 30.April 2009 einen Fortschrittsbericht zum siebten Forschungsrahmenprogramm vor. Das 7. Rahmenprogramm zur Forschung und Entwicklung ist mit einem Etat von 54 Mrd. EUR über 7 Jahre bis 2013 ausgestattet.

[Pressemitteilung](#) zum Bericht

[Fortschrittsbericht](#)

## NIEDERSACHSEN

Informationen zu Erika Manns Besuchen in Niedersachsen im Rahmen des Europawahlkampfes:

- "Niedersachsen" im [Erika Mann Blog](#)
- [Übersicht der Termine](#) im Wahlkreis
- [Fotoserie](#) "Auf Wahlkampftour durch Niedersachsen"

## Erika Mann Video-Clip: Unterwegs für Niedersachsen

Was kann ich für Niedersachsen tun? In diesem [Video-Clip](#) zeigt Erika Mann, dass sie über diese Frage immer nachdenkt, wenn sie in der Welt unterwegs ist. Ob sie nun Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler in den USA, Mexiko oder Asien trifft. Sie sieht, wo Synergien der Region Niedersachsen nützen und bringt entscheidende Personen zusammen. Es gibt also für sie nie eine Unterbrechung niedersächsisch zu denken, sondern im Gegenteil. Egal wo sie ist, ihr erster Gedanke ist immer: Was kann ich für Niedersachsen herausholen und tun?

[Pressemitteilung](#): "Videoclip-Serie gestartet - Erika Mann gibt Antworten auf einige zentrale politische Fragen", 22.Mai 2009

[Blogeintrag](#) zum Video-Clip, 19.Mai 2009

Weitere Clips finden Sie in der [Medialounge](#) von Erika Mann,

## Direkte Einleitung von Salzlauge in die Weser auf EU-Ebene prüfen

Die Kasseler K+S AG plant zukünftig Salzlauge auch direkt über eine Pipeline in die Weser einzuleiten. Dieses Vorhaben wird für die Weser und die angrenzenden Gebiete – Hannoversch Münden, Höxter, Holzminden, Schaumburg-Hameln und weitere Kommunen Weser aufwärts – starke Auswirkungen haben.

Erika Mann verweist darauf, dass hierbei – wie auch für die Einleitungen in die Werra – nachhaltig die exakten Kriterien und Fristen der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG eingehalten werden müssen. Die derzeitige Wasserqualität der Werra erfüllt nicht die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie, weshalb mehrere Artikel greifen: Die zuständigen Behörden müssen bis zum 22. Dezember 2009 einen Bewirtschaftungsplan (Artikel 13) und ein Maßnahmenprogramm (Artikel 11) für das Einzugsgebiet der Weser nach einer umfassenden Anhörung der Öffentlichkeit (Artikel 14) vorlegen. Die am 4. Februar 2009 den Ländern Hessen, Thüringen sowie K+S geschlossene öffentlich-rechtliche Vereinbarung über einen „Gesamtrahmen für eine nachhaltige Kaliproduktion in Hessen und Thüringen“ habe die niedersächsischen Regionen vor vollendete Tatsachen gestellt.

[Pressemitteilung](#) von Erika Mann, 4. Juni 2009

## Schneller und effektiverer Einsatz der EU-Strukturfonds

Zwischen 2007 und 2013 wird [Niedersachsen 2, 512 Milliarden Euro](#) aus den europäischen Strukturfonds erhalten. Um die Strukturfondsmittel in der gesamten EU schneller und effektiver wegen der Wirtschaftskrise einzusetzen hat die EU Kommission Vorschläge dem Europäischen Parlament unterbreitet. Damit sollen vor allem zwei Zielsetzungen verfolgt werden:

- 1.) eine Beschleunigung der Ausgaben, damit weiter Liquidität für die Durchführung der Vorhaben gegeben ist;
- 2.) eine Vereinfachung der Bestimmungen, die eine raschere Durchführung der Programme und Vorhaben ermöglichen soll.

Das Europäische Parlament stimmte am 2.April 2009 mit großer Mehrheit den [Vorschlägen](#) zu. Damit können auch in **Niedersachsen** die Finanzmittel aus den Europäischen Strukturfonds schneller und effektiver eingesetzt werden. Insbesondere die einfachere Methode für die Verwendung der Mittel des Europäischen Sozialfonds soll einen wirksameren Beitrag zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen bieten. In [Niedersachsen](#) stehen dafür 447 Mio. Euro zur Verfügung.

## Neue Studien zum demografischen Wandel in Niedersachsen

Überalterung, Geburtenrückgang und Abwanderung stellen **Niedersachsen** vor eine große Herausforderung. Das [Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung](#) in Hannover [prognostiziert](#), dass die Einwohnerzahl des Großraums Braunschweig bis 2025 auf eine Millionen Menschen schrumpfen soll. Eine weitere Studie hat der Verband der Wohnungswirtschaft **Niedersachsen** und Bremen im Dezember 2008 veröffentlicht: [GEWOS-Wohnungsmarktentwicklung und Regionsstreckbriefe bis 2020](#).

## Effizienzpreis KMU

Bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gibt es erhebliche Potenziale, um den Energieverbrauch zu senken. Eine bessere Energienutzung, nützt dem Klimaschutz, senkt die Betriebskosten und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit. Hannoverimpuls, die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Region und Stadt Hannover, und proKlima - Der enercity-Fonds wollen vorbildliche Betriebe in der **Region Hannover** mit dem [„Effizienzpreis KMU“](#) auszeichnen.

Dieser Preis ist zweigeteilt. Im November 2008 wurde der erste Teil der proKlima-Konzeptpreis an 13 Unternehmen für beispielhafte Energiekonzepte vergeben. Der zweite Teil der hannoverimpuls-Umsetzungspreis soll an ein Unternehmen gehen, das erhebliche Maßnahmen für die effektivere Nutzung von Energie umgesetzt hat und somit als „Leuchtturm“ für andere Unternehmen u.a. in der Region Hannover dienen kann. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Juni 2009.

## INTERESSANTE INFORMATIONEN

### **Ab dem 1.April 2009 fördert die KfW Bank den barrierefreien Umbau von Wohnungen und Häusern.**

Mit diesem [Darlehensprogramm](#) können Haus und Wohnung saniert, modernisiert oder altersgerecht umgebaut werden.

### **Energieeffizient Sanieren – Sonderförderförderung der KfW-Bank**

Seit dem 01. April 2009 gibt es von der KfW-Bank eine [Sonderförderung](#) mit Zuschüssen im Rahmen des "CO2-Gebäudesanierungsprogramms" des Bundes.

### **"So hilft die EU Sie zu schützen"**

Diese neue Broschüre gibt Beispiele zu EU-Forschungen, die das Leben der Bürger Europas sicherer machen. Alle Themen der Broschüre können [hier](#) in sechs Sprachen heruntergeladen werden.

### **Europäisches Parlament bei dem sozialen Netzwerk [Myspace](#)**

Das Europäische Parlament hat eine zusätzliche Informationsseite eingerichtet. Diese finden Sie beim sozialen Netzwerk [Myspace](#).

### **60 Jahre Bundesrepublik – Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen**

In ihrer Umfrage hat die [Stiftung für Zukunftsfragen](#) die deutsche Bevölkerung Bilanz ziehen lassen und gefragt, in was für einer Gesellschaft sie heute lebt und künftig leben möchte. Fast zwei von fünf Bundesbürgern beschreiben die Klassengesellschaft als aktuelle Realität, mehr als zwei Drittel aber wünschen sich für die Zukunft eine Sozialgesellschaft.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

### **Besuchen Sie [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com)**

Unter vielen anderen Beiträgen finden Sie diese neuen Updates:  
[Video-Clip](#): "Diskussion in Göttingen mit PES Activists", 21.Mai 2009  
["Prozess des Mumbai Attentäters am 16.April 2009"](#)  
["EU fördert metrologische Zukunftsforschung"](#), Gastbeitrag von Imke Frischmuth, PTB  
["Genmais, Nahrungsmittelkrise und Bioenergie"](#)

Folgen Sie Erika Mann über twitter: "[erikamann\\_mep](#)"

### **Bleiben Sie immer aktuell auf dem Laufenden:**

Abonnieren Sie meine Pressemitteilungen, den News Digest sowie das Blog über RSS über einen RSS-Reader, wie etwa den Google Reader, oder ganz einfach per E-Mail:

- Pressemitteilungen für den RSS-Reader, <http://erikamann.com/presse/pressemitteilungen/rss>
- Blogbeiträge für den RSS-Reader, <http://feeds2.feedburner.com/ErikaMann>
- Blogbeiträge per E-Mail, [http://feedburner.google.com/fb/a/mailverify?uri=ErikaMann&loc=de\\_DE](http://feedburner.google.com/fb/a/mailverify?uri=ErikaMann&loc=de_DE)
- News Digest für den RSS-Reader, <http://feeds2.feedburner.com/erikamann/McIS>
- News Digest per E-Mail, [http://feedburner.google.com/fb/a/mailverify?uri=erikamann/McIS&loc=de\\_DE](http://feedburner.google.com/fb/a/mailverify?uri=erikamann/McIS&loc=de_DE)

**Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:**

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, und Forschungspolitik.

*Dieser Newsletter greift auf verschiedenen Quellen zurück, darunter sind "Ausgewählte Vorgänge auf EU Ebene" von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University), POLITIKPORTAL.EU, Wochenbericht aus der Niedersächsischen Landesvertretung in Brüssel, THEPARLIAMENT und viele interne Meldungen, die wir für Sie aufbereiten.*